

Sicherung der Stiftungen

Kreistag beschließt Liste von Wünschen für die Fusionsverhandlungen HNA 17/07.12

NORTHEIM. Der Kreistag hat einstimmig eine Liste von Punkten beschlossen, die in den Fusionsgesprächen mit den Nachbarkreisen Osterode und Göttingen sowie der Stadt Göttingen durchgesetzt werden sollen. Andreas Böhme (Linke) und Lothar Baumelt (Northeim 21) enthielten sich der Stimme.

Die Liste enthält unter anderem folgende Punkte:

- Festschreibung einer Investitionsquote für das derzeitige Northeimer Kreisgebiet.

- Erhalt der Stiftungen des Landkreises und Festschreibung, dass sie nur Projekte im derzeitigen Kreisgebiet fördern können.

- Erhalt der Kreis-Sparkasse Northeim und der Sparkasse Einbeck.

- Beibehaltung der Kindertagesstättenförderung durch den Landkreis.

- Erhalt einer Nebenstelle der neuen Kreisverwaltung in Northeim mit aller Serviceleistungen und einer Querschnittsaufgabe (wie Personal oder Finanzen).

- Die Northeimer Einsatzleitstelle für Feuerwehr und Rettungswesen soll künftig für den gesamten Großkreis (außer der Stadt Göttingen) zuständig sein.

Diese Punkte werden zu den folgenden mit rot-grüner Mehrheit bereits beschlossenen Punkten hinzugefügt:

- Bildung eines Großkreises aus den Kreisen Göttingen, Northeim und Osterode.

- Die Betreuung von Langzeitarbeitslosen und Empfän-

gern von Grundsicherung soll dezentral erfolgen.

- Das Niveau der freiwilligen Leistungen (unter anderem für Tourismus, Kultur und Natur) soll nicht sinken.

- Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen.

- Erhalt der Berufsbildenden Schulen in Northeim und Einbeck.

- Betreuung der Kreisstraßen durch die Landesstraßenbehörde Bad Gandersheim.

Bürgerbefragung

CDU und Linke sind im Kreistag mit ihren Anträgen gescheitert, dass vor der Entscheidung über die Kreisfusion im Kreistag eine Bürgerbefragung stattfinden soll. Schon im für die Fusion zuständigen Ausschuss waren

sie am Widerstand der Mehrheitsgruppe gescheitert (HNA berichtete)

„Wir wollen das Votum der Bürger und wir werden es auch akzeptieren“, hatte CDU-Fraktionschef Heiner Hegeler vor der Abstimmung betont.

Dagegen bezeichnete Uwe Schwarz (SPD) den CDU-Antrag als Störfeuer. Der Verlauf der Fusionsverhandlungen sei nicht absehbar. Die Pläne der CDU, um die Jahreswende in allen Städten und Gemeinden zwei Bürgerversammlungen zur Kreisfusion abzuhalten

und danach eine Bürgerbefragung abzuhalten, sei zu starr. Ähnlich äußerte sich auch FDP-Fraktions-Chef Irnfried Rabe, der sich grundsätzlich für eine Bürgerbefragung aussprach. (ows) **KASTEN RECHTS**